

Proletarischer Zeitgeist

EINE VON ARBEITERN FÜR ARBEITER GESCHRIEBENE ZEITUNG

Die Selbstbewusstseinsentwicklung ist die Voraussetzung für den Sieg der Arbeiterklasse
5. Jahrgang Nummer 16

Der „Sozialistische Bund“ — eine neue Pleitegesellschaft.

Das Zeitalter der Parteien ist vorüber, entgültig vorüber. Die Massen, welche einst ihr Heil in irgend einer Parteioption suchten, zu einer Zeit, wo es beinahe als Karikatur angesehen wurde, wenn irgend wer nicht eingeschriebenes Parteimitglied war (Indifferenzismus nannte man das), verlassen, teils fluchtartig in Massen, teils einzeln, aber stetig abnehmend die Parteihäute. Die Zentralorgane sehen schauernd ihre Existenz bedroht; Freunde, Pöbelhorden, Kartelle, alles was das Leben eines Berufsführers angenehm machen kann, entfremdet, keiner will der Erste sein, welcher gehen muß, keiner geht freiwillig, einer mit feierlichem Eid geführter Kampf aller gegen alle wird teils offen, teils verdeckt in den Zentralen geführt, die Parteien werden eben unentwidelbar und erübrigen ihre Direktoren und Aktivenhaber — soweit sie nicht in Staats- oder Kommunalämtern untergebracht sind — nicht mehr in der gewohnten großzügigen Weise. Da greift man dann in der höchsten Not zu dem veraltenden Strohhalm der Spaltung oder Neugründung.

Man hofft, indem man den alten Namen — um den sich proletarische Enttäuschung, Haß und Verbitterung rankt — ablegt, neuen Kredit zu gewinnen, unter neuer Firma neue Geschäfte auf Kosten der sozialistisch Gesinnten, der grundsätzlich immer Betroffenen machen zu können. So kommt es, daß zum neuen Reichstag nicht weniger als 28 Parteien zum Wahlkampf ansetzen, darunter allein 8 sogenannte proletarische Parteien, sofern man noch Sozialdemokratie, Nationalsozialisten und „Sozialistischen“ Bund mit in diese Rubrik einreihen will. „Proletarisch“ oder „sozialistisch“ werden alle diese Bezeichnungen von den Geschäftsinhabern deshalb genannt, weil sie die uralte Schindluder des Proletariats nach Verfeinerung der Sozialdemokratie, nach Freiheit und Sozialismus im Geschäftsinteresse dazu miszuverwenden, eine Berufsführer-Versicherungsgesellschaft aufzumachen. Der neueste, vielleicht auch typischste, bestimmt aber ungeschickteste Versuch dieser Art, ist der unter dem Namen „Sozialistischer Bund“ sich verfassende — wahrscheinlich letzte — schwächliche Auswuchs der U.S.P.D. unrichtigen Lebens.

Will man der Entscheidung dieses Wechselfalles nachforschen, so kann man nicht umhin die Geschichte der U.S.P.D. noch einmal kurz zu verfolgen.

Bei Kriegsausbruch war sich die alte Sozialdemokratie bis auf Karl Liebknecht und Hilke einzig in Arbeiterverrat, Vaterlandsverleugung und Kreditverwilligung. Erst 1916 bildete sich — unter Einfluß des damaligen, grundsätzlich parlamentarischen und freizügigeren Spartakusbundes — die „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ innerhalb der SPD, als erster schärfster Versuch, Opposition und Freizügigkeit zu betreiben. Einer der Führer dieser Arbeitsgemeinschaft war der alte Ledebour, welcher aber gleich im Vorkriegsverein an Unklarheit nichts zu wünschen übrig ließ. Ihn nicht in den „schmächtigen“ Verdacht völliger Vaterlandslosigkeit zu geraten, gab er eine Erklärung ab, in welcher er überschommen seine Kriegsgewerkschaft zum Ausdruck brachte, gleichzeitig aber versicherte, „wenn die Russen an der Ober- und die Franzosen am Rhein“ ständen, würde auch er und mit ihm die Arbeitsgemeinschaft für die Kriegskredite stimmen. Es lag auf der Hand, daß diese Leute davor nicht ernst genommen wurden, und als sie sich nicht entschließen konnten, aus der Partei der Kriegsbegünstigsten (Ehre und Schandemänner auszuweisen), wurden sie kurzerhand und ohne Bedenken herausgeworfen. Immerhin bildeten sie im weiteren Verlauf des Krieges, ein zwar zu leichtes und unvollkommenes, aber doch als Anfang vorhandenes Gegengewicht zu der allzu untertänig und kriegerisch gewordenen SPD.

Lebend unter der allgemeinen Kriegsbefehlichkeit degenerierte dieses Weibchen, welches sich nach dem Hinanswurf als selbstständige Partei unter dem Namen „Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands“ etablierte. Erst nach dem Zusammenbruch der Westfront fand die U.S.P.D. plötzlich allseitig Beachtung und es schien tatsächlich in den ersten Novembertagen von 1918 als ob diese Partei sich von den Schlafen ihrer Unklarheit zu reuigen Gemüts erwachen würde und führend das Schicksal der proletarischen Revolution Deutschlands zu bestimmen versuchen werde.

Aber leider, es schien nur so, man konnte die sozialdemokratischen Eltern doch nicht verzeihen. Als die SPD, verabschiedet der proletarischen Revolution erfolgreich das kürzeste Ziel der Nationalversammlung des Parlamentarismus unterwarf, war die U.S.P.D. sofort mit bei der Partei. Unendlich viel theoretischen Dunst umhüllte das damalige Zentralorgan der U.S.P.D., die „Leipziger Volkszeitung“ um diesen gemeinen Verrat.

Bei der allgemeinen Garblichkeit des deutschen Proletariats gelang es ihr die sich von nun an in Parliamentsgeschloß — ihren eigentlichen Element — und in dem Streben nach Regiererelektionsfähigkeit eine recht beachtliche Stärke zu erreichen, indem sie alle sentimental anker eingestellten Mitglieder der U.S.P.D. zu sich herüberlockte und Waffenaufnahmen Indifferenter tätigte. Inzwischen hatten sich infolge Eitelkeit und Streberlust der Führer drei Richtungen herausgebildet, wie dies bei großen Parteien durch das Entmüllungsgefeß bedingt ist. Rechts, Mitte und Links, es ist immer dasselbe. Die Rechten und Linken glaubten nicht mehr recht an die Kruppenmöglichkeiten der U.S.P.D. Die Rechten lockte der Missetand des mittelständlichen U.S.P.D.-Stalles, während die Linken mehr an die Zukunft der Moskauer glauben zu dürfen vermeinten. (Und diese hatten, wie die Zeitgeschichte beweist, auf das richtige Pferd gesetzt.) Die Konterwärtige — und kurzfristige — Mitte zog es vor, es unter allen Umständen bei der bereits eingeschlagenen Firma U.S.P.D. zu belassen.

In Halle, auf dem Parteitag 1920 zerplatzte endlich die versorgungsdruckgefüllte Blase. Das Gros schlug sich zur R.P.D., der Rest orientierte zunächst unter der alten Firma weiter und schloß seine Quartiermacher zur U.S.P.D.

1922 spielte sich der größte Akt dieses Trauerspiels ab. Zwei Parteitage — U.S.P.D. und U.S.P.D. — tagten gleichzeitig und die U.S.P.D. nahm die Gelegenheit wahr, ihre Schwestern an den Koffelstahl abzuliefern. Das Pallast darüber bestimmt bald, ein Teil der Mitglieder desertierte überhaupt und es zeigte sich, daß die Mitte recht schwach war.

Der Hauptführer der Mitte war immer der alte Ledebour.

„Nur eine hohe Säule zeugt von entschwundener Kraft, auch diese schon gedockt, kann stützen über Nacht!“

Und sie darf, doch das Fallen der Teilnehmer wird kaum noch gebüht für dem Getöse deutschen Parteipolitikentums.

In hundert kürzester Frist waren auch in dem Resten Richtungsstreitigkeiten auf der Tagesordnung, wieder nach und nach ganz ausfallend, welche richtig wieder zur Spaltung des Spaltens führten.

Der Hauptspaltungsgrund war diesmal zumindest recht löcherlicher Natur. Im Rheinland glaubten die Separatisten besser leben, besser ausbrüten und sich besser ausbreiten lassen zu können, wenn sie sich als rheinische Republik von allen Bundesländern Stimm-Über-Staatsgenossenschaft löschten. Auf die man auch reichlich gemeinte jedoch erte Hoffnung gingen wie in Nr. 9 des „P.Z.“ im Beistand geandert ein, weshalb wir an dieser Stelle nicht nochmals darauf zurückkommen wollen. Festgestellt sei aber, daß sich ein Teil der Minorität-U.S.P.D. bereits beim Sozialismus engagiert hatte und nicht ganz mit — Unrecht.

Das brachte aber den alten Ledebour, — welcher als bedingungsloses Staatsbegehender Zentralist, schon als Ruhrarbeitsfrontler den Kampf gegen Poinecaré, dem gegen die deutschen Sozialisten voranstellte — bereit in Paris, doch er ein Hauptstiel gegen die eigene, zu seinem Schmerz separatistisch angehauchte Partei löschte. Der also angegriffene, konsequenter linke Flügel, welcher stark in der Wehrheit war, machte mit dem alten „bedingte nationalsozialistischen“ Vorgier kurzen Prozeß und warf ihn hinaus.

Nun gestellten sich zu ihm einige Mauereblümchen, welche nach hoffen, von dem alten Namen des als Kriegsgegner und linkssozialdemokratischen bekannten Ledebour einiges für ihre Karriere dienbar machen zu können. Later diesen macht ein gewisser Hans Wegmann als Redakteur der „Freiheit“ mehr von sich reden, als wohl nötig wäre.

Diese Leute machen nun unter Umgehung des nicht mehr kreditwürdigen Namens „Partei“ ein Zentralgeschäftsunternehmen unter dem kühnen Namen „Sozialistischer Bund“ auf.

Ledebour ist ein Weis von 70 Jahren, der sich wohl bald zu seinen Vätern vernehmen wird. Trotzdem sein Auftreten nicht immer gesamtaktuell und logisch ist, so gehört er doch zu jenen überaus seltenen Parlamentariern, welche nur bis zu einem gewissen Grade Kompromißler sind, sich darüber hinaus aber einen Rest von Würdigkeits- und Selbstbewusstsein bewahrt haben. Was aus seiner Partei werden wird, kann man sich un schwer eredenen, wenn man sich seine rechte Hand und wahrscheinlichen Nachfolger, den oben genannten Wegmann (W. D. H.) betrachtet. Man muß ihn gehört haben,

wie er sich in öffentlichen Wählerversammlungen (Sächsischer Gemeinderatswahl 1923) in rhetorisch schön gemündeten Ausführungen äußern und drüben anleitet. Er kann nun einmal niemand mehr tun, der gute Wegmann. Hat er einmal nach seiner Meinung — der U.S.P.D. etwas wehe getan, Ringt macht er es mit einer lieben kleinen Schmelzelei wieder gut, war ihm mal ein etwas kräftiger Jungenschlag gegen die U.S.P.D. unterlaufen, beißt er sich schnell anderseits ihre Vergilge zu beleuchten.

Seine Hauptargumente sind die der alten U.S.P.D. — nämlich einerseits und andererseits. Ein edler U.S.P.D.-Christus vom alten Schrot und Korn, der geborene Kammerhändler und damit verkörpert er das künftige Schicksal seiner Zweigpartei, des „Sozialistischen Bundes“. Seine zweifelhafte Führerrolle garantiert den Mitgliedern dieser parlamentarischen Organisation, daß diese keineswegs in sich verpöbelnd, sondern redtechtig den Weg zu Noke, Brandler oder Piller finden wird.

In Bayern ist die ganze ehemalige U.S.P.D. samt in Braunschweig Sypp Oster zu den Nationalsozialisten gegangen, ein Teil im Reich bei Brandler, der andere bei Noke, ein Teil noch immer U.S.P.D., der andere „Sozialistischer Bund“. Und so ist es denn nicht schwer auch diesem Lehrenten sein Schicksal in die Wege zu prophezeien, wie wir es schon oft taten und immer — Recht bezielten.

Nichts Eigenes, nichts Modernes, nichts von Original, alles Kopie und ausgearbeitetes Parteiverfahren der Andern, nichts, was nicht schon, um die Zuschauer zu langweilen, über die Bretter der anderen Partitheater gegangen wäre.

Alt wird es nicht, das Skrophulose Kind in den abgelegten, verschliffenen Kleidern der Moskennutter.

Die Folgen der Einheitsfront von Stinnes bis Ledebour — Brandler — in französischer Beleuchtung.

Die Aufgabe des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet schien auch die nationale Einheitsfront — so mühte man sich aufzulegen der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteipresse annehmen — aus einandergefallen zu sein. Praktisch haben aber nur die Ruhrmagnaten die Einheitsfront regiert dort, wo sie ihnen keinerlei Vorteile mehr verbrachte. Dagegen besteht sie für die sog. Arbeiterpartei heute noch wie das Verschwimmen des Nachtnebels durch die Parteipresse beweis. Ober sollte diese „Zukunft der Einheitsfront“, die wir den „Düsseldorfer Nachrichten“ Abendausgabe vom 3. 4. 24 entnehmen, dem U.S.P.D., der doch sonst das Glas wachlen hört und der jede Rede Poinecaré's zur Aufschmelzung des nationalen Wahnsinns demüht, nicht bekannt sein? Das ist kaum anzunehmen und trotzdem Die Ruhrarbeitsfront aber — und dafür meinen sich die Anzeigen — lehnt es ab, diesen knochenlosen Stiefelsocken des Kapitals weiterhin Gefolgschaft zu leisten.

Die lassen die französische Darstellung des deutschen Vertragswandels man folgen und bewerten nur nach, daß der französische Militarismus selbst die Sozialdemokratie an Objekt übertrifft (Das Gerächel einiger Säge aus dem Jut ist von uns wegzulassen).

Zukunft der Besatzung.

Die Stadtverwaltung überfendet uns im Auftrage der Besatzung folgendes Schriftstück zur Veröffentlichung; falls der Artikel keine Veröffentlichung fände, droht die Besatzung Verbot der Aufnahme verweigerten Zeitung an; Antwort auf die deutschen Pressebehauptungen, betreffend die Verluste der Ruhrregion.

Die mit der R. F. G. U. R. von den Besatzungsbefehlshabern abgeschlossenen Verträge sind am 15. April verfallen. Die deutsche Presse stimmt bereits das Klagebild der deutschen Industrie an. Die Besatzungsbefehlshaber erklären, daß die Erneuerung der Verträge einfach unmöglich sei, und daß die Erfüllung der Verträge der Industrie untragbare Lasten auferbürde. Diese Behauptungen werden durch ausgiebiges mathematisch eingetragenes Zahlenmaterial den zu überzeugenden Lesern glaubhaft gemacht.

Dieser wunderbare Umschwung in der Westfrontfassung der Ruhrmagnaten verdient demerbt zu werden.

Im November 1923 wurde die Arbeitsfront, das „Menschenmaterial“, wie man ihn in diesen Kreisen auszuwählen beliebt, mit einer Rückwärtslosigkeit behandelt, von der die Ansicht, die allgemeine Auslieferung auf den 20. November zu beschließen, das beste Zeugnis gibt. Vielleicht wäre die Drohung wirklich ausgeführt worden, wenn nicht General Degoutte eingegriffen hätte. Heute ist die Stimmung eine andere. Die Magnaten wollen ihrer Arbeiter nicht mehr auspressen, die Werke sind in voller Produktionsfähigkeit. Innerhalb dreier Monate hat die Industrie und die Arbeitsleistung des Ruhrgebiets, trotz militärischer Besatzung, trotz des brengenden Jolkfordons, die Produktion von 1922 nicht nur erreicht,

Achtung! Sonntag, den 4. Mai, vormittags 9 Uhr im „Trompeter“ in Zwickau, Wahloberfrage wichtige Bezirks-Konferenz!

schliche Betriebsräte dort fungieren. Heute wollen wir die aufopfernde Tätigkeit dieser Herrschaften wieder einmal etwas beleuchten. Die unbestritten erste und schönste Größe ist natürlich der Arbeiterratsvorsitzende und hauptberufliche Stadtverordneten Kandidat Richard Knauth. Dieser seine Herrsichte fängt eine Sammelliste im Betrieb heraus, auf welcher er als erster mit einer Goldmarke ausgezeichnet war. Inwieweit Sammlung: Ein Geschenk für das Jahrbuch Jubiläum des Betriebsleiters Wiegand. Bei der aberaus feigen und traurigen Einführung der Kräfte der Zwangsmitglieder des Betriebsarbeiterverbandes kamen denn auch die erforderlichen Mittel dazu auf und das Jubiläumsgeschenk, eine Bronzeplakette, konnte am Sonntag (1) den 13. 4. durch diesen sozialdemokratischen Stadtverordneten Kandidat mit Hauptbündel und Hüchungsstränge überreicht werden. Am Montag darauf drückte der Jubilar - welcher sich noch vor Weinachten sehr wegworfend über das „Arbeitergeheimnis“ (er kennt sein Schamlospod) geküßelt hatte - wohlwollend die Hand.

Die zweite Größe ist der Sozialdemokrat (Kreisgruppe Weis) und Betriebsratsmitglied Hüblich. Dieser konsequente Herr empfiehlt den Arbeitern als Antwort auf die höchste Bezahlung seine Überstunden nicht zu leisten. Selbst ist er aber einer der fleißigsten Überstundenarbeiter des Betriebes.

Wir werden noch des Oetern und eingehender die Verhältnisse in diesem Verbandesborro zu schildern Gelegenheit nehmen.

Wenn endlich werden sich die Arbeiter dieser freigegeben Schmutzhand auf sich selbst befinden und mit dem sozialdemokratischen Betriebsratsmitglied und Gewerkschaftsaufstau ausfinden? Unsere Genossen sind durch die gültige Vermittlung der sozialdemokratischen Verbandskommission nach und nach herausgeworfen worden. Selbst sich aber nicht doch noch im Laufe der Entwicklung Männer und Weibchen finden, welche diesen Aspiranten auf Meisterposten erneut die Stirne bieten? Mehr wie herausgeworfen kann man nicht werden!

Stroßpfeifer eines Autoritätsdunkelns.

Vom „Freiheit“, der Wochenchrift des westfälischen U. S. P. D. S. R. D. Sirrogates fand sich bei der Abstimmung über die Verlängerung der Arbeitszeit im Zwickauer Hochwert folgende Aufschrift auf einem Stimmzettel:

Verlassen, verlassen, verlassen bin I,
Von den Vögen, den Vögen
und der Sozialdemokratie.

Recht hat er, ob er aber die Konzeption steht? Von der „Freiheit“ jedoch, welche unentwegt auf dem Standpunkt steht, daß die S. P. D. eine Arbeiterpartei sei und die Gewerkschaften erhalten werden müssen, ist die Veröffentlichung dieses Autoritäts gerade keine konsequente Tat.

Die Glauchaer Zeitung vom 24. 4. berichtet:

„Nachdem die Zentralfabrik Glaucha sich schon früher auf dem Boden des Schiedspruches für die Zentralfabrik gestellt hatten, sprachen sich die Zentralfabrik von Weizone ebenfalls für Aufnahme aus. Auch in Böhmen, wo infolge unzufriedener Treiberinnen die Arbeiter sich weigerten, den Schiedspruch anzuerkennen, hat erstensmalige Weise der verurteilte Teil der Arbeiterfirma die Arbeit wieder aufgenommen.“

Somit die bürgerliche Presse. Wie sieht die Sache in Wirklichkeit aus?

Vom 9. April sperrten die Zentralfabrikanten sämtliche Zentralfabrikarbeiter aus, weil die Arbeiter sich hartnäckig weigerten, 53 Stunden wöchentlich zu arbeiten. Zu einer sofort einberufenen Vollversammlung für die Zentralfabrikarbeiter wurden folgende Forderungen aufgestellt:

- 1) Es wird wöchentlich nur 48 Stunden gearbeitet.
- 2) Bezahlung der Streiktage.
- 3) Höhergehälter dürfen nicht stattfinden.

Somit die Forderungen. Die revolutionären S. P. D. Mitglieder führten sich in ihrem Element. Trotzdem sie bei jeder Gelegenheit über Führerverrat schreiben und zeteren, hoben sie die Führung des Kampfes den Zentralfabrikarbeitern zu. Das alte Spiel setzte ein, es wurde gebührend. Das Ergebnis der Verhandlung zeigte man den Proleten als großen Sieg vor. Betrachten wir nun diesen Sieg etwas näher. Zu Punkt 1 der Forderungen: der achtstündige Arbeitstag ist gesetzlich festgelegt, es soll und muß nur dann länger gearbeitet werden, wenn der Unternehmer nachweist, daß eine Mehrarbeit, um dringende Aufträge zu erledigen, unbedingte Notwendigkeit ist. Hier liegt der Haken im Pfeffer. Der Unternehmer wird, um seinen Profit zu erhöhen und um Mehrarbeit zu erpressen, jederzeit nachweisen, daß dringende Aufträge vorliegen. Die Forderung, Bezahlung der Streiktage, ließ man unter den Tisch fallen. Maßregelungen sollen nicht vorgenommen werden. Es war ziemlich billig das zu bemerken, den heute ist es jedem Unternehmer ein Leichtes, mißliebige Arbeiter jederzeit zu entlassen, denn ein Grund findet sich immer, wenn man ihn sucht. Das ist der große Sieg, den die Zentralfabrikarbeiter für die Proleten herausholten. Am Montag den 14. 4. wurde die Arbeit aufgenommen. Am selben Tage schon wiesen einige Unternehmer nach, daß dringende Aufträge vorliegen und am 15. 4. wurde schon in einigen Betrieben 9 Stunden gearbeitet. Heute wird tatsächlich in allen Betrieben 53 Stunden wöchentlich gearbeitet. So endete der Zerfall der Zentralfabrikarbeiter - so wie jeder Zerfall enden muß - mit einer Niederlage. Aus der oben angeführten Stellungnahme der bürgerlichen Presse geht klar hervor, wie Unternehmer und Gewerkschaftsmitglieder sich gegenseitig in die Hände arbeiten. Die Unternehmer brauchen ruhige, willige Arbeiter, um ihren Profit zu sichern, die Gewerkschaften brauchen Ruhe, um sich von den Beträgen, die von einem Teil Arbeiter immer noch für sie bezogen werden, in aller Öffentlichkeit einen Schmerzenshauch anzufressen. Proleten, freut euch ob des errungenen Sieges,

der Arbeitsentzug ist weiter gesetzlich festgelegt, arbeiten oder müßt ihr täglich 9 Stunden. So wollen es die Unternehmer und die Gewerkschaften. Aber ob ihr es wollt, das hängt von euch ab. Reist bald, daß ihr es nicht wollt, sagt bald die ganze Einigkeit zum Teufel und nehmt eure Geschicke in eure eigene Hand.

Westachsen

Pädagogisches.

Eine Genossin stellt uns folgende Aufforderung an die Eltern, welche ein Lehrer der Zwickauer Mittelschule die Schüler von der Wandtafel abzeichnen ließ - nebst Antwort zur Verfügung:

Da ich kein anderes Mittel in der Hand habe, (Wie schade! D. N. d. S. P. D.) mache ich die werke Elternschaft darauf aufmerksam, daß ich Wiederholigkeiten, Ungehörigkeiten u. s. w. der Schüler durch Berechnung der Sittenzensur zum Ausdruck bringen muß. Weil aber die Sittenzensur auf dem Abgangsergebnis sich aus dem Durchschnitt der drei letzten Jahre ergibt, ist es dringend notwendig, daß sich ihr Sohn bei mir einwandsfrei fängt. Deshalb bitte ich die werken Eltern, mich in jeder Beziehung, wenn es nötig ist auch durch Mittel, die nur den Eltern gestattet sind, zu unterstützen, damit ihr Sohn nicht dem Abgang durch eine niedrige Zensur im Betragen gehindert wird, eine passende Stelle im weiteren Leben zu finden.

An den Lehrer der Klasse II a.

II a.

Habe die Tafelarbeit meines Sohnes zur Kenntnis genommen und bemerke mich in Nachfolgendem einzeln darauf einzugehen. Mein Sohn benimmt sich zu Hause im allgemeinen so, daß ich berechtigete Klagen zur Anlage nicht habe, was ich auf meine zeitliche Erziehungsmethode zurückführe, deren Hauptbestandteil das Beispiel ist. Erweise doch unvollkommene Tadelzettel (ein gesunder Junge wird nie hinter den ein Engel werden) bekämpfe ich mirksam dahinter, daß ich ihm die daraus möglicherweise entstehenden Folgen, sowie den herabsetzenden Eindruck auf die Umwelt schildere, ich tue dies aber nie im Besin anderer. Hauptziel meiner Erziehung ist, einen starken, selbstbewußten Menschen zu erzähnen, deshalb vor allem verachte ich auf solche mittelalterlichen „Mittel“, wie die, welche Sie, werter Herr Lehrer, in Nachfolgendem empfehlen: „... wenn es nötig ist, auch durch Mittel, die nur den Eltern gestattet sind“ zu unterstützen.

Sollte da nicht eine gewisse Sehnsucht mancher - nicht der fortgeschrittenen - Lehrkräfte nach der Bequemlichkeit des Vorwissens mitgesprochen? Kein Ein tiefer Akt erfährt mich, wenn ich an meine eigene Schulzeit zurückdenke und da will ich es mir zur Pflicht machen, der Schule mit gutem Beispiel vorzugehen. Was ich bitte Sie Herr Lehrer, mich nie wieder auf solch „Mittel“ und „Mittel“ aufmerksam zu machen, welche ich unbedingt als Bedrückungen auffassen müßte. Zu dem bin ich voll überzeugt, daß ein Lehrer mit einigermaßen pädagogischen Fähigkeiten mit dem ausgeprochen weichen Gemüt meines Sohnes Erfolge erzielen, zumindestens aber leichter Hand fertig werden muß. Die Sittenzensur kann ich - so lieb es mir tut - nicht mehr ernst nehmen, seit mein Sohn wegen nachfolgender Zelle „Sittenzensur“ erlieht:

- a) Ein kleines feil menschliches Mäher, dem Vöfentlich entgegen, nach dem Genuß schlechten Arbeiterbrottes Bekleidungsstücke mit einigen Bescheiden, dies wurde durch das Gefährder der Rinder (Küder) laden nun mal gern) zum Seitenverstoß.
- b) Mein Sohn erziehen (wegen Weidmangel seines Vaters, in Holzpostoffen zum Zueren).
- c) Aus den gleichen Gründen (damals verdiente er ca. 5 Holzkorn pro Dekade) konnte kein Friedenloß beschafft werden.

Zu a würde ich den Kindern die Unfähigkeit des Bekährtes klar gemacht haben.

Zu b und c ist jedes Wort überflüssig.

Im übrigen erbitte ich mich bereitwillig, Ihre Beziehungswortel nach besten Kräfte zu ergänzen.

Achtungsvoll.

(Anmerkung, d. P. R.: Dieser sonst trefflichen Erwiderung fehlt meines Erachtens nur in einem Punkt die notwendige Klarheit. Nicht „ergänzt“ soll die Erziehungsarbeit solcher Erzieher werden, sondern sie soll von jedem Proleten energisch abgelehnt werden. Derart eingestrichelte Lehrer haben sich lediglich darauf zu beschränken, der Proletariatsjugend die kümmerlichen Elementarkenntnisse beizubringen. Ihrer Willig der Jugend gegenüber haben sie damit allerdings noch nicht genügt, wohl aber gegenüber dem Soziale, ihrem Vorgesetzten, der nur stumpsinnige Arbeitstiere gebrauchen kann. Jede freibeitliche Regierung wird erst mit Stockschlägen, Kopfnüssen und ähnlichen mittelalterlichen Mitteln unterdrückt, später treten Maßnahmengewalt, Kanonen und Zuchthäuser an deren Stelle. Tragen muß das Proletariat anerkennen. Wie aber? Dadurch, daß es selbst die notwendige Erziehungsarbeit an seinen Nachwuchs leistet. Dazu aber gehört vor allem unaustrückbares Eintreten der Wahrung jeder Autorität, insbesondere der des Staates und seiner Organe, Ablehnung jeden Zwanges, aber freiwillige Einordnung in die Notwendigkeiten der zukünftigen Herrschaftssozialengemeinschaft.

Reichsbahn. Am Donnerstag, den 17. April 1924 tagte im großen Saal der Posthalle eine öffentliche Wählerversammlung der S. P. D. Im Wesentlichen um die einzige Woche vorher im selben Saal stattgefundenen Parteimittingung der Wählerinnen gab es volle unbeschränkte (P. D. R.) Redefreiheit für Jedermann, welcher sich aber ein Sozialdemokrat, der sich in der Diskussion zum Wort meldete, nicht erlauben konnte. Der Held

des Abends - Landtagsabgeordneter und Reichstagskandidat Wötter - regnete hart ab mit der Sozialdemokratie und ging mit Wärdwürden wie die Schurken und Galanten - durchaus nicht sparsam um und im Fluß seiner Rede genährte er gar nicht, daß es eigentlich ein Kontertrug war, den er hielt, denn: wiederholte und langanhaltende Vorlesungen verhielten ihn mehrmals am Weiterreden. Obwohl er den Parlamentarismus nur als Grobmeister der S. P. D. Bewegung wertete und sehr drastisch nachwies, daß er ein Affentheater ist, forderte er die Versammlung auf, am 4. Mai ihrer Pflicht nachzukommen und kommunistisch (natürlich) zu wählen. Mit einem Hoch auf die russische Sowjetrepublik schloß er wie jeder waschechte Parteikommunist seine Ausführungen. - Von der unbeschränkten Redefreiheit machte ein Genosse von uns ausgiebigen Gebrauch und gestellte sofort die parlamentarische Schamlosigkeit, Herovorzubehalten, daß während unser Genosse das Wort hatte und betreibt vor, das Licht der Erkenntnis in den Köpfen der Verammelten aufgehen zu lassen, eine feiner Ruhe herrschte, sodas er am Sprechen wieder gehindert noch fort geführt wurde durch aborne Zuschauer bis auf einen, welcher meinte er gehöre der Helfenkränzer S. P. D. Union an. In sachlicher Weise ging unser Genosse auf die autoritäre sowie die autoritäre Arbeiterbewegung ein und zeigte den Weg, der heraus führt aus dieser Sackgasse, in die die gegenwärtige Entwicklung des Kapitalismus unsere Generation getrieben hat. Unter stürmischen Beifall schloß unser Genosse.

Das nun auch in Reichsbahn die unautoritäre, staatsfeindlich-sozialistische Bewegung Fuß gefaßt hat und Fortschritte macht, - davon müden die Kommunisten Kenntnis nehmen. Nach ihm sprach ein Sozialdemokrat, der aber durch Vönnen der Verammelung am Reden verhindert wurde, weil er Söhnen aufstiehte, die sich aus den Taschen entzogen. (U. a. die bekannten antisemitischen Geheben der Ruch fischer vor Studenten und Böhlichen in Berlin). Im Schlusswort (Demagogen brauchen immer ein Schlusssort) holte der Redakteur noch einmal tief aus und ging im Wesentlichen auf die Ausführungen unseres Genossen - insbesondere auf die Feststellung, daß die Teilnehmer an den mitteldeutschen Auffstand nicht, wie Wötter meint, Kommunisten, sondern in der Mehrzahl Antiautoritäre waren, gerichtet ein. Nachdem sich der Verammelungsleiter noch kurz für den ca. 10 Mann starken geistlichen Saug bedankt hatte, fand die Verammelung ihr Ende.

Achtung! Wichtig für Liebhaber guter Bücher.

Was Privatammlung können vom Unbeschränkten nachfolgende Bücher bezogen werden:

Kropotkin: Landwirtsch., Industrie und Handwerk	3,-
Die Eroberung des Brotes	8,-
Die Ethik	2,-
Gegenwärtige Höhe	3,-
Der moderne Staat	0,80
Bakunin: Organische Werke Band I	3,-
Landauer: Angriff vom Sozialismus	3,-
Kern: Neuschöpfung	3,-
Upson Sinclair aus: Romane: Jimmie Higgins	3,-
Man nennt mich Zimmermann	2,60
Hundert Prozent	3,-
Der Kampf	3,-
Henry Ford: Mein Leben und Werk	10,-
L. Frank: Der Mensch ist gut	2,50
Der Führer	2,-
Roman: Franzisko Ferrer	2,-
L. de Passos: Drei Soldaten	3,-
Danton: Wenn der Obleisenschein verbleibt	1,30
Wilt. Lamara: Das Menschenschlachthaus	2,50

Ferner je ein Exemplar aller ordentlichen sozialistischen, kommunistischen, anarchistischen und sozialen Literatur-Erscheinungen. Alles neu, Versand, Porto und Verpackung frei. Nur gegen Vorweisung des Betrags. Gebe guten Prozentsatz an Institutionen und der Organisations-Einrichtungen der A. A. U. E. Bewähle ab. Kein persöhnlicher Verkauf am 311-Schriften starker Privatbibliothek. Bestellungen sind zu richten an:

C. Franke, Teichern, Gartenstrasse 2.

Versammlungen

E.-O. Schumann, Zwickau.

Jeden ersten Sonntagabend im Monat findet nach Arbeitschluss Mitgliederversammlung statt.

Unterbezirk Zwickau.

Jeden Donnerstag abends 8 Uhr im Zempeter, Bahnhofstrasse, Diskussionsabend.

Ortsgruppen Leipzig und Umgebung der A. A. U. E.

Jeden Donnerstag abends 7 Uhr. Mitgliederversammlung im „Posthörnchen“, Querstraße. Dortselbst finden auch Aufnahmen statt. Sympathisierende sind eingeladen.

Werkstattbezirk Spandau-Oldesdelland der A. A. U. E.

Jeden Freitag abends 7 Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant Röhrt, Brönnhainstraße, Ecke Körnerstraße. Dortselbst finden auch Aufnahmen statt. Sympathisierende sind eingeladen.

Quittungen

Für Zeitung ging ein bis 24. April:

Casel 1,50 M., Zwickau 35,- M., Hamburg 4,- M., Harburg 3,- M., Hannover 10,- M., Leipzig 10,- M., Frankfurt 10,50 M., Chemnitz 10,50 M., Eisenstein 15,- M., Womböck 4,50 M., Lennig 4,50 M., Brandt 4,50 M., Nierstein 1,- M., Al. Womarr 10,- M., Halle 6,20 M., Breslau 7,60 M., Grimmondt 1,15 M., Cille 1,80 M., Ockenacht 2,60 M.

Zustellern, den Inhalt der Zeitung betr., sind bis auf weiteres zu richten an: W. Jellinek, Zwickau, Mühlbergstr. 11a für den Inhalt verantwortlich: W. Jellinek, Zwickau, Mühlbergstr. 11a. Druck und Verlag der Allgemeinen Arbeiter-Liga (A. A. U. E.).